

MARKUS GRÜBEL MdB



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

anbei sende ich Ihnen/ Euch meinen Infobrief anlässlich der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Themen der Woche:

- Meine Meinung zu den gravierenden Folgen der Wahlrechtsreform der Ampel
- 90 Jahre nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933: Was heißt es, aus der Geschichte zu lernen?
- Markus Grübel spricht mit Vertretern der iranischen Opposition und übernimmt Patenschaft für zwei inhaftierte Iranerinnen
- Deutsch-französische Freundschaft: 60 Jahre Elysée-Vertrag
- Gute Nachricht, Enttäuschung und Zitat der Woche
- Zahl der Woche

Ihr/ Euer Markus Grübel MdB
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Meine Meinung zu den gravierenden Folgen der Wahlrechtsreform der Ampel

In der vergangenen Woche hatte ich an dieser Stelle bereits über die von der Ampel-Koalition geplante Wahlrechtsreform geschrieben. Nun wird immer deutlicher, welche gravierenden Folgen diese hätte, sollte sie in dieser Form von SPD, GRÜNEN und FDP im Bundestag beschlossen werden.

An diesem Freitagvormittag fand nun die erste Lesung des von der Koalition eingebrachten „Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes [...]“ im Bundestag statt. Ich könnte mir gut vorstellen, dass bis zur vermutlich in einigen Wochen stattfindenden zweiten und dritten Lesung des Gesetzes – dazwischen finden noch Ausschussberatungen und Expertenanhörungen statt – noch etliche Änderungen daran vorgenommen werden. Und dies wäre auch dringend notwendig!

Bereits in der letzten Ausgabe dieses Infobriefes hatte ich das größte Problem des Ampel-Vorschlags angesprochen, nämlich, dass künftig ein Bundestags-Wahlkreis nicht mehr durch denjenigen, der die meisten Erststimmen erhält, direkt gewonnen, sondern lediglich dann „zugeteilt“ wird, wenn der Sieg durch das „Hauptstimmenergebnis“ (bisher Zweitstimmenergebnis) „gedeckt“ ist.

Nun zeigen am 20.01.2023 in ZEIT ONLINE veröffentlichte Berechnungen, dass die Wahlrechtsreform der Ampel, bei der die Anzahl der Bundestagssitze auf 598 festgesetzt wird, noch weitere gravierende Mängel aufweist. So wären die geplanten Änderungen zwar insofern gerecht, als dass alle Parteien Sitze im Bundestag einbüßten (SPD: -38, CDU/CSU: -39, GRÜNE: -22, FDP: -17, AfD: -15, LINKE: -7), jedoch würde dies innerhalb der Unionsfraktion vor allem die CSU und die CDU Baden-Württemberg betreffen. So wären alleine im (weit gefassten) Großraum Stuttgart künftig folgende CDU-Abgeordnete nicht mehr vertreten: Marc Biadacz aus Böblingen, Parl. Staatssekretär a.D. Steffen Bilger aus Ludwigsburg, Michael Hennrich aus Nürtingen, der europapolitische Sprecher der Fraktion Gunther Krichbaum aus Pforzheim, Maximilian Mörseburg aus Stuttgart, die stellv. CDU-Generalsekretärin Christina Stumpp aus Waiblingen, der innenpolitische Sprecher der Fraktion Alexander Throm aus Heilbronn sowie Staatsministerin a.D. Anette Widmann-Mauz aus Tübingen. Dazu kommen drei CDU-Abgeordnete aus Baden, die ebenfalls nicht mehr im Bundestag sitzen würden. Aber auch mein Wahlkreis-Kollege Dr. Sebastian Schäfer von den GRÜNEN würde gemäß den Ampel-Plänen dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören. Das heißt für Esslingen: Hätte ich den Wahlkreis nicht mit deutlichem Abstand direkt gewonnen, hätte er gemäß den Ampel-Plänen keinen Vertreter mehr in Berlin.

Um nicht missverstanden zu werden: Mir geht es hier nicht um die politischen und persönlichen Schicksale meiner oben genannten Kollegen – auch wenn ich diese allesamt sehr schätze. Denn wir als Abgeordnete wissen stets, dass wir unser Mandat von den Wählern immer nur auf Zeit verliehen bekommen haben. Und auch das Ziel der Verkleinerung des Bundestages ist ja ein richtiges. Mir geht es bei meiner Aufzählung darum, die Dimension dieser Reform deutlich zu machen. Denn eines fällt auf: Alle oben genannten Abgeordneten vertreten städtisch geprägte Wahlkreise, wohingegen meine Kollegen beispielsweise von der Schwäbischen Alb, aus Hohenlohe oder aus dem Schwarzwald weiterhin im Bundestag vertreten wären. Folge davon wäre, dass die ohnehin bereits jetzt sehr ländlich geprägte Ausrichtung der CDU insgesamt und der CDU Baden-Württemberg im Speziellen sich noch deutlich verstärken würde.

Im Umkehrschluss führten die Reformpläne der Koalition dazu, dass die CDU bald kaum noch über ein (groß-)städtisches Profil verfügen würde und in den Ballungszentren noch weniger Wahlerfolge erzielen würde als dies bereits jetzt der Fall ist (Ausnahmen wie der Erfolg des Stuttgarter CDU-OBs Dr. Frank Nopper bestätigen die Regel). Städte und vor allem große Städte wären also künftig das alleinige Terrain von SPD, GRÜNEN, teilweise

der FDP und im Osten noch der LINKEN. Und dem muss die CDU, dem müssen wir entgegenwirken.

Dazu kommt, dass gemäß den Berechnungen der ZEIT in Zukunft 35 Wahlkreise durch keinen direkt gewählten Volksvertreter, sondern kurioserweise nur noch durch über Parteilisten gewählte Abgeordnete vertreten wären. Und fünf Wahlkreise hätten sogar überhaupt keinen Abgeordneten mehr, darunter Schwetzingen-Bruchsal. Ausgerechnet drei dieser fünf befinden sich in Ostdeutschland (Brandenburg und Sachsen), das heißt dort, wo das Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie und ihre gewählten Vertreter bereits jetzt deutlich geringer ist als in der alten Bundesrepublik. Man muss kein Politikwissenschaftler sein, um die Prognose zu wagen, dass sich dieser Trend noch verstärken würde, wenn ausgerechnet diese Bürger künftig gar keinen Ansprechpartner mehr in Berlin hätten. Kurios ist am Ampelvorschlag auch, dass parteiunabhängige Bewerber den Wahlkreis direkt gewinnen können. Ob dies zu Lasten der Gesamtzahl 598 geht, ist aus dem Ampel-Gesetzentwurf nicht erkennbar.

Ich appelliere deshalb noch einmal dringend an meine Bundestagskollegen von SPD, GRÜNEN und FDP, die Gegenvorschläge der CDU/CSU-Fraktion, die ebenfalls am Donnerstagvormittag im Plenum des Bundestags debattiert wurden, nicht länger rundheraus abzulehnen. Denn mit ihnen würde zum einen das demokratiethoretisch plausible – und von vielen Bürgern geschätzte – Prinzip erhalten bleiben, dass derjenige Abgeordnete, der seinen Wahlkreis direkt gewinnt, in den Bundestag einzieht. Unsere weiteren Vorschläge sind: Reduzierung der Wahlkreise von heute 299 auf 270, der Nichtausgleich von 15 Überhangmandaten (wie es das Bundesverfassungsgericht erlaubt hat) sowie die Erhöhung der Wahlkreise von drei auf fünf, die gewonnen werden müssen, damit eine Partei auch ohne bundesweit fünf Prozent der Zweitstimmen erhalten zu haben, in den Bundestag einziehen kann. Laut Berechnungen der Wahlrechtsexperten der CDU/CSU würde der Bundestag mit all diesen Maßnahmen am Ende bei rund 600 Sitzen landen, also ziemlich genau die Sitzzahl (598), die die Ampel anstrebt.

Die Diskussion der letzten Tage hat deutlich gezeigt, dass auch etliche Abgeordnete von SPD und GRÜNEN, die 2021 ihren Wahlkreis direkt gewonnen haben, jedoch anders als bisher künftig nicht mehr im Bundestag vertreten wären, die Reformpläne ihrer eigenen Kollegen ablehnen. Es gibt also noch viel zu besprechen.



90 Jahre nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933: Was heißt es, aus der Geschichte zu lernen?

Bereits 600 Jahre vor der Zeit des Nationalsozialismus mussten die Esslinger Juden Hass, Verfolgung und letztlich Vernichtung erfahren. Im Jahr 1348, nachdem sie (seit 1241/42) fast ein Jahrhundert lang in Esslingen existiert hatte, wurde die jüdische

Gemeinde im Zuge von Pestpogromen von ihren christlichen „Mitbürgern“ vertrieben und ermordet.

Während sich die Judenfeindschaft im Mittelalter meist aus einer unguuten Melange aus (gemäß damaligem Verständnis) christlich begründeter Ablehnung einer anderen Religion (Antijudaismus) und ganz irdischen Motiven wie Geldgier, Neid auf jüdischen Erfolg oder die Suche nach einem Sündenbock zusammensetzte, war sie ab dem 19. Jahrhundert vor allem geprägt durch eine völkisch-nationale, später dann (nach damaligem Verständnis) rassistisch begründete Ablehnung alles Jüdischen.

Aber auch die Motive der Judenfeinde der Neuzeit waren oft vermischt mit ganz profanen wie, siehe oben, Geld- und Habgier, Neid auf (wirtschaftlichen) jüdischen Erfolg oder die Suche nach einem Sündenbock. So interessant und auch wichtig es für uns Nachgeborene und insbesondere Historiker ist, zu wissen, aus welchen Motiven diejenigen handelten, die durch die Geschichte hinweg Juden ablehnten (und es auch heute noch tun), für die Opfer war es zu allen Zeiten zweitrangig (und ist es auch heute). Sie mussten die Ablehnung ertragen und, wo es möglich war, sich ihr entziehen, indem sie an andere Orte flüchteten. Dies war sechs Millionen Juden im Europa der Jahre 1933 bis 1945 leider nicht möglich. Dies im Blick, kann man vielleicht verstehen, weshalb der Staat Israel für der allermeisten Juden weltweit – auch wenn sie selbst dort nicht leben – eine so große Bedeutung als „letzte Lebensversicherung“ im Falle des Falles hat.

Am 27. Januar 2023 erinnern wir an den 78. Jahrestag der Befreiung des „Konzentrationslagers“ Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee, das zum Sinnbild für den industriellen Massenmord an den Juden Europas, aber auch an Roma und Sinti, Behinderten sowie – vorwiegend an anderen Orten – psychisch Kranken und Behinderten wurde. Wir gedenken aber auch derjenigen, die aufgrund einer „abweichenden“ sexuellen Orientierung, weil sie einer anderen politischen Richtung als der NS-Ideologie anhängen oder weil sie aus ihrem (christlichen) Glauben heraus den NS-Staat aktiv ablehnten, dem Hass der Funktionäre des NS-Staates und ihrer Helfer zum Opfer fielen. Nicht vergessen dürfen wir auch diejenigen, die den Massakern in den vom Deutschen Reich ab 1939 überfallenen Staaten zum Opfer fielen. Seien es, wie in Polen, vorwiegend Zivilisten (1,8 Millionen) und Angehörige der dortigen Staatselite oder, wie in der damaligen Sowjetunion – darunter die Ukraine –, ebenfalls vor allem Zivilisten (7 Millionen) und Kriegsgefangene (3 Millionen) gewesen. Und auch die meisten jüdischen Opfer (insgesamt 6 Millionen) stammten nicht, wie vielfach angenommen, aus dem Deutschen Reich oder dem angeschlossenen Österreich (zusammen 230.000), sondern aus den Ländern Mittel-/ Osteuropas, davon alleine 3 Millionen aus Polen und eine Million aus der Sowjetunion.

Der Beginn der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten liegt nun 90 Jahre, fast ein Jahrhundert zurück. Und einige Deutsche fragen seit Jahren, ob es nicht langsam Zeit ist, „einen Schlusstrich zu ziehen“. Dem möchte ich ein Zitat des spanisch-US-amerikanischen Philosophen George Santayana (1863-1952) entgegenstellen: „Wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“ Diese „Wiederholung“ sehen wir leider und ganz aktuell beim russischen Präsidenten Putin, der aus der Geschichte nicht lernen möchte, sondern, im Gegenteil, sie bewusst selektiv auslegt, sie also für seine kriegerischen Zwecke in der Ukraine instrumentalisiert.

Was aber ist mit uns Deutschen, haben wir – angesichts täglicher Anfeindungen und Angriffe gegen Juden und andere Minderheiten – aus unserer Geschichte gelernt? Diese Frage ist nicht abschließend zu beantworten. Betonen möchte ich aber: Wirkliches Lernen bedeutet nicht: zu lesen, zu hören oder zu sehen und das Ganze schnell wieder zu vergessen. Wirkliches Lernen heißt vielmehr: zu begreifen und entsprechend zu handeln. Hoffnungsfroh stimmt mich, dass es gemäß einer aktuellen Umfrage gerade die junge Generation der 18-29-jährigen ist, die sich am stärksten gegen einen „Schlusstrich“ unter die Jahre 1933-1945 ausspricht.

Foto: Markus Grübel fordert auf Englisch und auf Hebräisch dazu auf, sich der Vergangenheit zu erinnern.

Copyright: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

[weiter lesen](#)

Markus Grübel spricht mit Vertretern der iranischen Opposition und übernimmt Patenschaft für zwei inhaftierte Iranerinnen

Auch in dieser Sitzungswoche des Bundestages hat sich Markus Grübel mit der dramatischen Lage im Iran befasst. Anders als in den vergangenen Wochen und Monaten wurde das Thema jedoch nicht (zum Beispiel aufgrund eines Antrags der CDU/CSU-Fraktion) im Plenum des Bundestages debattiert, sondern beschäftigte den Esslinger CDU-Abgeordneten persönlich.

Zum einen tauschte sich Markus Grübel mit 15 Vertreterinnen und Vertretern einer iranischen Oppositionsgruppierung, die an verschiedenen Orten in Deutschland leben, per Videokonferenz zur aktuellen Situation in der „Islamischen Republik“ aus. Dabei haben ihm die Oppositionellen noch einmal persönlich geschildert, auf welcher brutalen Weise und mit welchen perfiden Methoden sie vom iranischen Regime verfolgt werden – und, dass dessen langer geheimdienstlicher Arm bis nach Deutschland reicht. Der Esslinger Abgeordnete sicherte der iranischen Opposition auch weiterhin die volle Solidarität von ihm und der CDU/CSU-Fraktion zu und vereinbarte, mit der Gruppe in Kontakt zu bleiben.

Zum anderen übernahm Grübel in dieser Woche nach Vermittlung durch die 1972 in Frankfurt gegründete Menschenrechtsorganisation „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) e.V.“ eine politische Patenschaft für zwei inhaftierte Iranerinnen, die der Bahai-Religion (korrekte Schreibweise: „Bahá'í“) angehören. Anders als das Judentum und das Christentum werden die Bahai – mit über 300.000 Angehörigen die größte nicht-muslimische Minderheit im Iran – vom Mullah-Regime nicht anerkannt (wobei anzumerken ist, dass auch Christen und Juden im Iran ihre Religionsfreiheit nur bedingt ausleben können). Im Gegenteil: Den Bahai wird sogar die Existenzberechtigung abgesprochen und sie sind Diskriminierung, brutaler Verfolgung und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt.

Was die beiden Frauen, für die Grübel die Patenschaft übernommen hat, betrifft, so wurden diese im Jahr 2008 gemeinsam mit ihren fünf männlichen Kollegen des informellen Bahai-Führungsgremiums im Iran festgenommen und 2010 zu je 20 Jahren Haft verurteilt. Diese wurde 2015 auf zehn Jahre reduziert und die beiden Frauen wurden schließlich 2017 bzw. 2018 aus der Haft entlassen. Allerdings erfolgte am 31.07.2022 eine erneute Festnahme der beiden weiblichen Bahai-Führungskräfte und sie wurden am 21.11.2022 abermals zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf diese schreiende Ungerechtigkeit wird Markus Grübel in Kürze mit einer Öffentlichkeitskampagne aufmerksam machen.

Mehr zur Arbeit der IGFM



Deutsch-französische Freundschaft: 60 Jahre Elysée-Vertrag

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der damalige französische Präsident Charles de Gaulle und der damalige deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer in Paris den so genannten Elysée-Vertrag, also den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Aus Anlass des 60. Jubiläums der Unterzeichnung reisten am 22. Januar 2023 nicht nur Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Kabinett, sondern auch 120 Bundestagsabgeordnete zur Feierstunde in

die französische Hauptstadt.

Als Mitglied der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) war auch Markus Grübel Teil dieser großen Bundestagsdelegation. Neben einem Festakt an der traditionsreichen Universität Sorbonne am Vormittag, fand am Nachmittag auch eine Arbeitssitzung von Abgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestages und des französischen Parlaments, der Assemblée nationale, statt.

Markus Grübel: „In der Ukraine sehen wir – ausgelöst durch die russische Invasion –, was es bedeutet, wenn sich zwei europäische Nachbarstaaten im Krieg gegenüberstehen. Auch Deutschland und Frankreich waren jahrhundertlang Rivalen, sogar ‚Erbfeinde‘, die sich immer wieder gegenseitig mit Kriegen überzogen – zuletzt im Zweiten Weltkrieg, in dem NS-Deutschland im so genannten ‚Frankreichfeldzug‘ in sein westliches Nachbarland einmarschierte und es besetzte. Umso größer ist das Wunder der deutsch-französischen Freundschaft einzuschätzen, das uns seit nunmehr 78 Jahren verbindet. Voraussetzung für eine solche Freundschaft ist allerdings, dass sich beide Partner gegenseitig respektieren. Dies gilt selbstverständlich für völkerrechtlich anerkannte Grenzen, aber auch für unterschiedliche politische Herangehensweisen. So lange Russland die ukrainische Hoheit über ihre eigenen Territorien nicht anerkennt und

die ukrainische Orientierung an Europa nicht respektiert, wird es maximal einen zeitweisen Waffenstillstand, aber keinen Frieden geben“, so Grübel, der sowohl Mitglied im Verteidigungsausschuss als auch stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe ist.

Mehr zum Elysée-Vertrag



Gute Nachricht der Woche

Seit fast genau einem Jahr, nämlich seit dem 31.01.2022, ist Friedrich Merz nun CDU-Bundesvorsitzender. Seither hat er nicht nur frischen Wind in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die er ebenfalls führt, gebracht, sondern auch die christdemokratische Partei neu aufgestellt: In diesem Jahr soll am neuen Grundsatzprogramm gearbeitet werden und mit Christina Stumpp aus Baden-Württemberg gibt es zum ersten Mal eine stellvertretende Generalsekretärin. Die Bundestagsabgeordnete, die zugleich Regionalrätin im Verband der Region Stuttgart ist, kümmert sich um die wichtige kommunale Anbindung der CDU.

Diese gute Entwicklung der CDU insgesamt verleiht auch der CDU im Land Berlin Rückenwind. Diese führt zum ersten Mal seit langer Zeit wieder die Umfragen für die Wahl des Abgeordnetenhauses, also des Berliner Landesparlaments, am 12.02.2023 an. Auch führt CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner inzwischen das Umfragen-„Ranking“ um das Amt des Regierenden Bürgermeisters der deutschen Hauptstadt an und hat sowohl Franziska Giffey (SPD) als auch Bettina Jarasch (GRÜNE) hinter sich gelassen.

Quellen: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24.01.2023 und Der Tagesspiegel vom 27.01.2023



Enttäuschung der Woche

Am Dienstag hat die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze (SPD) ihre neue Afrika-Strategie vorgestellt. Leider enthält das 36-seitige Dokument nicht viel Neues zu den Plänen der Bundesregierung für Afrika, das einerseits seit Jahrzehnten von Kriegen, Terrorismus, Dürren und Hungersnöten geplagt ist, andererseits aber zurecht auch als „Chancen-Kontinent“ bezeichnet wird.

Leider berücksichtige laut dem Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft Christoph Kannegießer Schulzes Strategie das entwicklungspolitische Potenzial der deutschen Unternehmen zu wenig. Dabei könnte insbesondere die Digitalisierung, aber auch der „Cleantech“-Bereich, also Energie- und Umwelttechnologien, zu einer „Win-win“-Situation sowohl für die afrikanischen Länder als auch für die für ihre Qualitätsprodukte bekannten deutschen (mittelständischen) Unternehmen bieten. Laut dem entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Volkmar Klein MdB reiche es nicht, wie die Ministerin es getan hätte, Herausforderungen aufzuzeigen, sondern man müsse auch konkrete Lösungsansätze präsentieren.

Quellen: „Handelsblatt“ vom 25.01.2023 und CDU/CSU-



Zitat der Woche

Zum Bestreben der Ampel-Koalitionsfraktionen, zu verhindern, dass der Deutsche Bundestag mit heute 736 Abgeordneten noch weiter anwächst:

„Dieses Ziel ist uneingeschränkt zu begrüßen. Doch der Weg der Regierungsfraktionen ist der falsche: Er schwächt die regionale Verwurzelung des Parlaments, er schwächt die Unabhängigkeit der Abgeordneten, und er stärkt die Macht der Parteiapparate.“

Susanne Gaschke am 19.01.2023 in der "Neuen Zürcher Zeitung". Gaschke (ehemals SPD) war von 2012-2013 Oberbürgermeisterin von Kiel.

Zahl der Woche

Die zentrale israelische Holocaustgedenkstätte Yad Vashem (hebräisch für „Denkmal und Name“, zurückgehend auf das Buch Jesaja 56, 5) begeht dieses Jahr den 70. Jahrestag ihrer Gründung durch die Knesset, das Parlament des Staates Israel, im Jahr 1953.

Aus diesem Anlass eröffnete Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in in dieser Woche eine ganz besondere Ausstellung von Yad Vashem im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages. Präsentiert werden 16 Objekte aus allen (heutigen) 16 Bundesländern, die gemeinsam mit ihren einstigen jüdischen Besitzern das nationalsozialistische Deutschland verlassen mussten. Inzwischen sind diese 16 Alltagsgegenstände (wie eine Miniatur-Keramikküche von Anneliese Dreifuss aus Stuttgart, ein Chanukka-Leuchter aus Kiel oder sogar ein Klavier aus Chemnitz) im Besitz der israelischen Gedenkstätte und fanden nun zum ersten Mal ihren Weg zurück nach Deutschland. Und dies ausgerechnet nach Berlin, in die einstige Hauptstadt des „Dritten Reiches“, das heute die Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands ist. Hier, mitten in der politischen Herzkammer des Landes, im deutschen Parlament, das heute Gott sei Dank ein demokratisch legitimiertes ist und das das demokratische Deutschland insgesamt verkörpert, kommt dieser Ausstellung eine ganz besondere Bedeutung zu.

Mehr über die Ausstellung:
<https://www.yad-vashem.de/>

70

Deutscher Bundestag
Paul-Löbe-Haus (Zi. 6.740)
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0) 30 / 227 - 71973
Telefax: +49 (0) 30 / 227 - 76964
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de
<https://www.markus-gruebel.de>

Diese E-Mail wurde verschickt an und ist ein Service für Interessenten. Sie erhalten unsere aktuellen Informationen niemals unverlangt.

Sollten Sie keine weiteren Informationen auf elektronischem Weg wünschen, können Sie sich jederzeit [hier abmelden](#).

Ihnen gefällt der Newsletter? Über eine **Weiterempfehlung** würden wir uns freuen.